

100 Jahre Bremer Räterepublik

Jürgen Roth, Neue Internationale 235, Februar 2019

Jede Revolution

kennt Situationen des Voranstürens der kämpferischsten Elemente, der Avantgarde der ArbeiterInnenklasse. Die revolutionäre Ungeduld bildet eine Triebkraft dieser Entwicklungen, eine andere das Kalkül der Konterrevolution, diese Schichten in einen vorschnellen „Entscheidungskampf“ zu drängen, um sie isoliert leichter schlagen zu können. Der sog. Spartakusaufstand und die Münchner Räterepublik sind wohl die bekanntesten Phänomene dieser Art in der deutschen Revolution. Ihren Niederlagen folgten blutige Repression, Tod und Mord und die Konsolidierung der Konterrevolution.

Während

„Spartakusaufstand“ und Münchner Räterepublik, die Ermordung von KommunistInnen wie Luxemburg, Liebknecht, Leviné weithin bekannt sind, fristet die Bremer Räterepublik eher ein Schattendasein.

Sonderentwicklung

Es macht daher

Sinn, sich vorweg die Sonderentwicklung der Bremer ArbeiterInnenbewegung vor Augen zu halten, die schon während des Krieges einen vergleichsweise starken und bewussten revolutionären Flügel in Form der „Bremer Linksradikalen“ hervorbrachte.

Während des

Krieges entwickelte sich das Kräfteverhältnis zwischen den Flügeln im Sozialdemokratischen Verein Bremen (SPD) anders als im übrigen Deutschland. Bereits im Januar 1915 wurde ein Diskussionskreis vornehmlich oppositioneller FunktionärInnen gegründet – der „Indianerclub“. Schon 1916 wurden etliche Parteirechte aus ihren Ämtern abgewählt. Sie schufen daraufhin die Zeitung „Bremer Correspondenz“ (Januar-Dezember 1916), während die Linksradikalen ihre Wochenschrift „Arbeiterpolitik“ auflegten (24.6.1916-Frühjahr 1919). Am 1.12.1916 beschloss die linke Mehrheit eine Beitragssperre gegenüber dem Reichsparteivorstand. Dieser schloss daraufhin die Bremer Organisation aus. Die lokale Parteirechte gründete im Dezember 1916 eine Sonderorganisation, Vorläuferin der späteren MSPD, der (Reichs-)Mehrheitssozialdemokratie. Der Reichsparteivorstand übergab ihr das lokale Parteiorgan „Bremer Bürgerzeitung“ (BBZ).

Im Mai gründete

Alfred Henke die Bremer Organisation der Unabhängigen (USPD), die damit aus der mit den Linken gemeinsamen Partei aussicherten. Diese gründeten sich am 23.11.1918 als „Internationale Kommunisten Deutschlands“ (IKD) neu, gaben ab 27.11.1918 die Tageszeitung „Der Kommunist“ heraus und schlossen sich der KPD an.

In Zimmerwald

und Kienthal standen die Bremer Linksradiكالen aufseiten der Bolschewiki. Vergleichbar den Revolutionären Obleuten im Reich und im Unterschied zum Spartakusbund verfügten sie durch ein gut ausgebautes Vertrauensleutesystem über entscheidenden Einfluss auf die 10.000 ArbeiterInnen der Weserwerft, dem bedeutendsten Industriebetrieb der Stadt.

Der Kampf um Bremen: Räte konstituieren sich

Nach

Massenversammlungen am 4. und 5. 11. brach am 6.11. der revolutionäre Sturm los. Der am Morgen gewählte ArbeiterInnenrat (AR) der Weserwerft befreite Militärgefangene aus dem Gefängnis in Oslebshausen, Matrosenmeuterer entwaffneten auf dem Bahnhof die Begleitmannschaft. Am Abend kündigte der USDP-Linke Frasunkiewicz die Bildung eines ArbeiterInnen- und Soldatenrats (AuSR) an. Am 9.11. mussten die Offiziere auf Druck der WerftarbeiterInnen den Soldatenrat (SR) räumen. Der Senat (die bürgerliche Stadtregierung) bewilligte gleiches Wahlrecht zum Parlament, gegen das er noch am 6.11. sein Veto eingelegt hatte. Dieses verspätete Zugeständnis rettete ihn aber nicht, er wurde am 14.11. abgesetzt.

Am 24.11.

stimmte der AuSR zwar gegen die proletarische Diktatur, aber für die Bewaffnung der IndustriearbeiterInnenschaft und die Verwandlung der BBZ in sein eigenes Presseorgan. Doch der letzte Beschluss wurde nicht umgesetzt, da die MSPD mit Auszug drohte. Mit Unterstützung durch den Soldatenrat übernahm schließlich am 21.12. die USPD die BBZ und bootete so auch die KPD aus.

Die Banken

bereiteten dem Rat Kreditschwierigkeiten. Am 9.12. lehnte er zwar einen Antrag auf volle Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft (Stadtparlament) ab, eine Antwort auf die Erpressung durch die Banken hatte er aber nicht.

Das am 11.12.

eingezogene Reserve-Infanterie-Regiment 213 versuchte der offen konterrevolutionäre Bürgerausschuss auf seine Seite zu ziehen. Doch dem SR gelang dessen Demobilisierung. Am 30.12. gelangte das 75. Infanterie-Regiment (ca. 600 Mann) vor der Stadt an und erhob konterrevolutionäre Forderungen, konnte jedoch von aufständischen ArbeiterInnen und Matrosen entwaffnet werden.

Am 6.1.1919

fanden die AR-Wahlen statt, die die MSPD mit 113 Mandaten gewinnen konnte (USPD: 64, KPD: 62). Die Beschränkung des Wahlrechts auf die in den 3 Parteien organisierten Mitglieder, statt es auf alle proletarischen Schichten und ihre wahlmündigen Angehörigen zu erweitern, war ein rechter USPD-Einfall und ein schwerer Fehler, den auch die KPD mitzuverantworten hatte. Ursprünglich gedacht, um Manipulationen der passiven Schichten der Lohnabhängigen durch die Sozialdemokratie zu verhindern, vermochte die MSPD das Wahlverfahren für sich zu nutzen, indem es die Partei für alle und jeden öffnete.

Das

Rätewahlrecht führte nicht nur zum massenhaften Zustrom in die Parteien, darunter auch unzuverlässiger Elemente in die KPD. Vor allem schloss es andererseits die unorganisierte Masse der ProletarierInnen von revolutionären Entscheidungen aus, statt sie aktiv einzubeziehen. Der bestmöglichen Entwicklung revolutionären Klassenbewusstseins unter breitesten Schichten wurde somit ein Bärendienst erwiesen!

Die Räterepublik

Am 10.1. endete

eine riesige, teils bewaffnete, von der KPD organisierte Demonstration vor dem Rathaus. Ihre Forderungen lauteten: „Nieder mit Ebert-Scheidemann und hinaus mit ihren Wortführern aus dem Arbeiter- und Soldatenrat in Bremen! Restlose Abdankung des Senats! Einsetzung von Volkskommissariaten! Ausscheiden aller bürgerlichen und rechtssozialistischen Elemente aus dem Soldatenrat!“

(Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Frankfurt/Main 1970, Verlag Neue Kritik, S. 339) Der AuSR stimmte ohne die ausscheidenden MSPDlerInnen den Forderungen zu und wählte einen „Rat der Volkskommissare“ aus je 3 Vertretern von KPD und USPD. Zur Ergänzung der Räteexekutive wurde ein Vollzugsrat aus 9 USPD- und 6 KPD-Mitgliedern eingesetzt. Bremen wurde zur selbstständigen sozialistischen Republik ausgerufen, die Entwaffnung aller bürgerlichen Elemente binnen 24 Stunden angeordnet, die bürgerliche Presse unter Vorzensur gestellt, das Standrecht verhängt. Der auf dem Sterbelager liegende führende Kopf der Bremer KPD, Johann Knief, trat gegen eine Überschätzung der Berliner Ereignisse auf und warnte vor einer lokalen, verfrühten Machtergreifung! Zu Recht, wie sich zeigen sollte.

Die Gegenrevolution

Kreditsperre mit

der Forderung nach Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft, Demonstrationen gegen die Aufhebung des Religionsunterrichts und andere Schulreformen, Drohung mit Streik durch ÄrztInnen und BeamtenInnen bewiesen: die gegenrevolutionären Bestrebungen im Bürgertum bekamen Oberwasser. Das Volkskommissariat wich zurück. Es hob die Vorzensur und den Belagerungszustand auf. Die Wahlen zur Nationalversammlung gingen am 19.1. unbehelligt über die Bühne. Am 21.1. beschloss der AuSR, Wahlen für eine bremische, bürgerlich-parlamentarische Volksvertretung am 9.3. auszuschreiben. Die KommunistInnen gaben die Abstimmung angesichts der Unstimmigkeiten in ihrer Fraktion frei. Am 21.1. hatte die Partei zum lokalen Generalstreik gegen die Finanzmanöver aufgerufen, der jedoch ins Leere gehen musste, nachdem der Rat die Staatsmacht für sich reklamierte, der Generalstreik also keinen gegenrevolutionären Adressaten mehr hatte.

All das sind nur

Beispiele dafür, dass die lokal isolierte Republik praktisch vom ersten Tag an in die Defensive geriet. Recht bald suchte sie nach einer Verhandlungslösung zum Rückzug – doch die Konterrevolution wollte keinen Kompromiss, sondern ein Exempel statuieren.

Noske wollte den

besonders für die Wasserkante gefährlichen Brandherd Bremen löschen. Hier war schließlich die Bewaffnung der Arbeiterinnen trotz der bereits erfolgten Zugeständnisse an die bürgerliche Demokratie aufrechterhalten worden! Am 30.1. ordnete er den Truppenvormarsch auf Bremen an. Der Große AR in Hamburg und der SR des 9. Armeekorps drohten zwar mit Maßnahmen zur Unterstützung Bremens. Aber mittlerweile hatte man sich auf die Entwaffnung der ArbeiterInnenklasse geeinigt. Das 9. Armeekorps sollte dafür sorgen, dass die abgelieferten Gewehre „treuhänderisch“ verwaltet werden.

Am 2.2.

erklärten sich die Bremer Volksbeauftragten mit der Unterschrift Ertingers (KPD) zum Rücktritt und zur Übergabe der Waffen an eine gemäß der Stimmenverhältnisse zu den Nationalratswahlen neugebildete Regierung bereit. Dies akzeptierte die Reichsregierung jedoch nicht.

Die Armee war

den 500 Leuten, die als ernsthafte VerteidigerInnen Bremens zu werten waren, haushoch überlegen. Militärisch kapitulierte der Rat am 4. Februar. Rückzugsgefechte bis Bremerhaven und Cuxhaven zogen sich in den nächsten Tag hinein. Die Niederlage war jedoch besiegelt. Anders als die Münchner Räterepublik endete sie noch relativ unblutig, ohne Massenerschießungen. War der Bremer Räterepublik die „Macht“ recht leicht zugefallen, so verdeutlichen Verlauf und Ende, dass sie verfrüht kam, sie zu keinem Zeitpunkt in der Lage war, die Revolution auch zu verteidigen und weiterzutreiben. Die Reaktion war durch die Deklaration eines Rates längst nicht besiegt, die Sozialdemokratie verfügte noch immer über einen beachtlichen Einfluss in der ArbeiterInnenklasse. Die USPD erwies sich als jene Partei, deren Halbheiten sich in den Maßnahmen der Räterepublik am deutlichsten ausdrückten.

Lehren aus der Politik der Bremer IKD/KPD

Dabei hatte die

Bremer Linke durchaus Stärken einzubringen. Sie trennte sich eher von den ReformistInnen und ZentristInnen als die Spartakusgruppe. Doch mangelte es ihr an taktischer Flexibilität, Disziplin, aber auch an Prinzipienfestigkeit und Klarheit.

Am

weitsichtigsten agierte sicherlich Johann Knief. Er verstand die Gefahr lokaler Aufstandsversuche, die in der Situation nach dem fehlgeschlagenen „Spartakusaufstand“ ihr revolutionäres Feuer nicht einfach aufs ganze Reich ausbreiten konnten.

Die Münchner KPD

unter Eugen Leviné war jedoch konsequenter, was die Weigerung der Teilnahme an der 1. Räterepublik betraf. In Bremen beteiligte sich die KPD hingegen an einer Koalition mit der USPD, die eben nicht wie eine echte ArbeiterInnenregierung die Zerschlagung des bürgerlichen Staats anstrebte, sondern bestenfalls die Doppelherrschaft in der Armee verteidigte und Polizei, BeamtInnenschaft und Justiz gänzlich intakt ließ. Es handelte sich um eine äußerst linke Variante

einer bürgerlichen ArbeiterInnenregierung: KPD/USPD statt MSPD/ USPD im Reich.

Die örtliche KPD

rührte nicht an der Doppelkonstruktion von AuSR. Die proletarischen Mannschaftsdienstgrade der Armee hätten sich an den Wahlen zu einheitlichen ArbeiterInnenräten beteiligen müssen. Die deutschen Soldaten waren keine Bauern in Uniform wie in Russland. Sie setzte nicht an gemeinsamen Forderungen mit mehrheitssozialdemokratischen ArbeiterInnen an, die in der Aufforderung an die SPD zum Bruch mit der Bourgeoisie und „Alle Macht den Räten!“ führten. Ihr Ausschluss aus dem AuSR war ein schwerer Fehler.

Auch die

ökonomische (Banken) und betriebliche Ebene blieb unterbelichtet, v. a. fehlte das Element ArbeiterInnenkontrolle als entscheidendes Bindeglied zwischen zahlreichen Teilforderungen und dem Kampf für ArbeiterInnenmacht.

Schließlich

lehnte sie zwar abstrakt die Wahlen zur Nationalversammlung ab und stellte ihnen die Räte entgegen, aber sie war taktisch unfähig und unwillig, die Wahlen und die verfassunggebende Versammlung für den Kampf um die Räte-macht und die Diktatur des Proletariats auszunutzen. Somit kam es auch zur Paradoxie, dass die gegen die Nationalversammlung gerichtete Räterepublik die Wahlen zu ebendieser auch in Bremen ruhig abhalten ließ.

All das spiegelt

wider, dass die Räterepublik selbst auf ihrem Höhepunkt nie wirklich die Doppelmacht in der Stadt lösen konnte. Das war sicherlich nicht einfach ein „Fehler“ der KPD, sondern erwuchs aus den objektiven Schwierigkeiten und auch Grenzen einer „lokalen“ Räte-macht. Anders als der Münchner jedoch mangelte es der Bremer KPD an Bewusstheit dieses Verhältnisses – sie war somit selbst eher getriebene als treibende Kraft.